

Einer Zeitungsmeldung (SCMP, 22.11.97) zufolge wird Beijing noch im Januar 1998 ein Vorbereitungskomitee für die Übernahme der portugiesischen Enklave gründen. Es wird aus 100 Mitgliedern bestehen. Nach der Erfahrung von Hongkong sollen sie jeweils zu einem Teil aus dem chinesischen Festland und aus Macau kommen. Angeblich sehen die Portugiesen die Gründung eines solchen Organs der chinesischen Seite nicht gern vor Ende 1998.

Verglichen mit dem Fall Hongkong gibt es zwar keinen großen politischen Konflikt zwischen den Chinesen und den Portugiesen über den Machtwechsel in Macau, aber Lissabon wurde stets von Beijing zur Beschleunigung der „Lokalisierung“ der Beamenschaft gemahnt, also zur Ernennung einheimischer Chinesen zu Beamten der oberen und mittleren Laufbahn. In der Kolonialregierung sind alle führenden Positionen z.Z. immer noch von Portugiesen besetzt. Gemäß dem chinesischen Grundgesetz für die geplante Sonderverwaltungsregion (SVR) Macau dürfen diese nach dem Machtwechsel nur von Einwohnern Macaus mit chinesischer Nationalität bekleidet werden. Ferner ist die chinesische Seite auch unzufrieden mit dem Tempo der Einführung des Chinesischen neben dem Portugiesischen als Amtssprache in der Regierung und mit den entsprechenden Gesetzesveränderungen zur Anpassung des Grundgesetzes der SVR. Hingegen verlangt die portugiesische Seite von den Chinesen eine schnelle Regelung der Nationalitätsfrage. Zum großen Teil haben die Macanesen einen portugiesischen Paß. Von der chinesischen Regierung werden aber alle ethnischen Chinesen Macaus als Bürger der VR China betrachtet. (XNA, 15. und 31.10.97; SWB, 7.11.97) -ni-

29 Rekordhöhe bei Devisenreserven

Nach Angaben der Macauer Behörde „Currency and Foreign Exchange Supervisory Department“ sind die Devisenreserven der portugiesischen Enklave durch die internationalen Spekulationen auf Abwertung des Hongkong-Dollar nicht beeinflusst. Im Gegenteil - sie haben Ende August eine Rekordhöhe von 20,5 Mrd. Patacas (2,59 Mrd. US\$) erreicht. Der Pataca ist an den Hongkong-Dollar gekoppelt. Von der umlaufenden Geldmenge des Territoriums gemäß M2 entfallen z.Z. 53% auf den Hongkong-

Dollar und 31% auf den Pataca. Ferner hat die Kolonialregierung dem Minister für Soziales und Haushalt (Secretary for Social Affairs and Budget), José Alarcao Troni, zufolge keine direkten Schulden. Indirekte Schulden von 400 Mio. Patacas (50,6 Mio. US\$) für die Bürgerschaft der Investitionen des Flughafenbaus von Macau International Airport Company können vor Rückgabe des Territoriums an China im Jahr 1999 getilgt werden. Damit soll die Kolonialregierung der künftigen Sonderverwaltungsregion Macau unter der chinesischen Souveränität weder direkte noch indirekte Schulden hinterlassen.

In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres hat der Haushalt Macaus einen Überschuß von 1,46 Mrd. Patacas (184,8 Mio. US\$) aufgewiesen. Die zehnmönatigen Einnahmen sind mit 8 Mrd. Patacas (1,01 Mrd. US\$) gegenüber dem Vorjahr zum 15,2% gestiegen. Der Etat für 1998 sieht 10,7 Mrd. Patacas (rd. 1,35 Mrd. US\$) Ausgaben vor, davon entfallen 1,8 Mrd. Patacas (227,8 Mio. US\$) auf Bildung und Kultur, 1,4 Mrd. Patacas (177,2 Mio. US\$) auf Gesundheit und Soziales, 1,2 Mrd. Patacas (151,9 Mio. US\$) auf Sicherheit und 1,9 Mrd. Patacas (240,5 Mio. US\$) auf wichtige Projekte. (XNA, 12., 20. und 27.10.97) -ni-

30 Zufluß ausländischer Investitionen in den letzten drei Jahren

In den vergangenen drei Jahren bis Ende 1997 wurden in Macau 698 von insgesamt 793 Investitionsanträgen aus dem Ausland genehmigt. Das Investitionsvolumen erreichte eine Höhe von über 530 Mio. Patacas (rd. 67 Mio. US\$). Dies sagte Joao Domingos, Leiter des Macau Trade and Investment Promotion Bureau, gegenüber der Zeitung *Macau Daily* (nach XNA, 9.11.97). Weiterhin kamen ihm zufolge die Investitionen überwiegend aus Hongkong, Taiwan und von Überseechinesen in der ganzen Welt. In den vergangenen drei Jahren hat die Regierung die Mindestgrenze für Investitionen durch Immigranten zweimal herabgesetzt, und zwar von 2 Mio. Patacas (rd. 253.000 US\$) auf 1 Mio. Patacas (rd. 126.500 US\$) und noch ein weiteres Mal auf 500.000 Patacas (rd. 63.211 US\$). Sie hoffe, daß sich Macau statt eines logistischen Stützpunktes für Hongkong in ein Dienstleistungszentrum für das

Perlfußdelta (Zhujiang) umwandeln werde.

In den ersten drei Monaten 1997 wurden in Macau gemäß offiziellen Angaben 549 neue Firmen gegründet, 0,7% weniger als vor einem Jahr. Das Gesamtkapital der neuen Firmen betrug 120 Mio. Patacas (rd. 15,2 Mio. US\$), 39,7% niedriger als beim gleichen Vergleich. Aber nur vom dritten Quartal her gesehen, war das Gesamtkapital von 171 neuen Firmen mit 59,3 Mio. Patacas (rd. 7,5 Mio. US\$) 29,9% höher als im entsprechenden Quartal des Vorjahres. Dies wurde von den Experten als ein Anzeichen langsamer Erholung der Wirtschaft nach einem dreijährigen Wachstumsrückgang angesehen.

Im dritten Quartal d.J. ist die Arbeitslosenquote gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des vorigen Jahres um 1,5% auf 3,1% gefallen. (XNA, 1.11.97) Die Inflationsrate belief sich in den ersten neun Monaten d.J. auf 3,9%, verglichen mit 4,8% vom ganzen Jahr 1996. (XNA, 21.11.97) Eine ungünstige Entwicklung zeigt sich im Fremdenverkehr. Vom Januar bis September d.J. wurden rechnerisch insgesamt 774.183 Touristen aus dem Ausland registriert, 14,5% weniger als vor einem Jahr. (Tourism Indicators, September 97, Macau Census and Statistics Department) Tourismus gilt als die wichtigste Wirtschaftbranche von Macau. -ni-

Taiwan

31 Verwirrende Definitionen von „China“ und „Taiwan“

Seit knapp einem halben Jahrhundert gibt es zwei chinesische Republiken, nämlich die 1949 gegründete Volksrepublik unter der Regierung der KPCh auf dem chinesischen Festland und die 1911 gegründete Republik China unter der Regierung der KMT (Kuomintang), die nach der Niederlage im Bürgerkrieg mit den Kommunisten seit 1950 nur noch Taiwan und die vor der Küste der Provinz Fujian (Fukien) liegenden Frontinseln Jinmen (Kinmen oder Quemoy) und Matzu (Matsu) unter ihrer Kontrolle hat. Früher, um die zwei Chinas zu unterscheiden, nannten viele im Westen die Volksrepublik einfach „Rotchina“ (Red China) und Taiwan „Nationalchina“ (Na-

tional China). Etwa seit dem Ende des kalten Krieges wird allgemein die Volksrepublik als China und die Republik als Taiwan bezeichnet.

Die beiden chinesischen Republiken bezeichneten sich in der Vergangenheit gegenseitig als „Banditenbande“. Jetzt gelten in Taiwan das „Festland“ (*dalu*) und die KPCh (*zhonggong*) als allgemeine Bezeichnungen für drüben. Auf der anderen Seite spricht man auf dem Festland von der „Provinz“ Taiwan. Die neutrale Bezeichnung „beide Seiten der Taiwan-Straße“ wird verwendet, wenn man von ihnen zusammen spricht. Offiziell lehnt die Regierung in Beijing „Zwei Chinas“ oder „Ein China und ein Taiwan“ ab. Sie betrachtet Taiwan als einen Bestandteil der VR China und bezeichnet die Regierung Taiwans nur als lokale Behörde. Ferner hat sie immer mit Gewaltanwendung gegen eine taiwanische Unabhängigkeit von China gedroht. Die KMT-Regierung in Taipei, die inzwischen den Anspruch auf eine Alleinvertretung für Gesamtchina aufgegeben hat, besteht ihrerseits auf dem Standpunkt eines chinesischen Staates mit zwei politischen Gebilden. Sie ist einerseits gegen die von der Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) befürwortete Unabhängigkeit Taiwans und hält andererseits die Wiedervereinigung mit dem Festland nur langfristig für möglich.

Die komplizierten Definitionen von „China“ und „Taiwan“ sind nicht nur verwirrend für Ausländer und normale Chinesen, sondern offenbar auch für Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui). Im Interview für die englischsprachigen Blätter *Washington Post* und *The Times* hat er zur allgemeinen Überraschung gesagt, Taiwan sei bereits ein „unabhängiger und souveräner“ Staat: „Taiwan is Taiwan. We are an independent, sovereign country. Taiwan is already independent.“ (Zitiert nach SCMP und LHB, 9.11.97) Da er statt der Republik China Taiwan als einen unabhängigen Staat bezeichnet hat, gewinnt man den Eindruck, daß auch er sich jetzt offen für die taiwanische Unabhängigkeit von China einsetzt. So hielt die Regierung Taipei gleich nach der Veröffentlichung des Interviews eine Korrektur für nötig, nach der Li in Wirklichkeit die Unabhängigkeit der Republik China gemeint haben soll. Im Interview habe der Präsident sowohl von Taiwan als auch von der Republik China ge-

sprochen, so hieß es. Der Regierungsstandpunkt sei unverändert. (LHB, 10.11.97; ZYRB, 11.11.97) Auch Li selbst hat am 18. November bei einem Empfang für die Mitglieder des Überseekomitees der Regierung darauf hingewiesen, daß Taiwan nur ein Ortsname ist. Der Staat auf Taiwan mit dem Namen Republik China sei unabhängig. (LHB, 19.11.97)

Das o.g. Interview Lis für die *Washington Post* und *The Times* wurde kurz nach dem Staatsbesuch des Staatspräsidenten der VR China, Jiang Zemin, in den USA Ende Oktober durchgeführt. Auf einer Pressekonferenz nach dem Gipfeltreffen mit Jiang hat US-Präsident Bill Clinton an die beiden Seiten der Taiwan-Straße appelliert, den bilateralen Dialog wieder aufzunehmen, der infolge der „privaten Reise“ Li Denghuis in die USA Mitte Juni 1995 unterbrochen wurde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Li absichtlich die unpassende Bemerkung über die Unabhängigkeit Taiwans gemacht hat, um damit die Position seiner Regierung in Verhandlungen mit Beijing zu stärken.

Zur Zeit haben beide Seiten infolge der zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit voneinander großes Interesse daran, die halbamtlichen Gespräche zwischen der SEF (Straits Exchange Foundation) von Taiwan und der ARATS (Association for Relations Across the Taiwan Straits) vom Festland wiederaufzunehmen. Doch verlangt Beijing von Taiwan, das Ein-China-Prinzip zu akzeptieren, und Taiwan fordert Beijing auf, die Realität von zwei gleichberechtigten politischen Gebilden in China anzuerkennen (ausführlich dazu siehe das entsprechende Thema in diesem Heft). Kurz nach der Veröffentlichung des o.g. Interviews Li Denghuis brachte ARATS-Vorstandsvorsitzender Wang Daohan in einem Gespräch mit einem Oppositionspolitiker aus Taiwan, Xu Linong (Hsu Li-nung), Vorsitzender der Chinese Alliance für Democratic Reform (Xin Tongmenghui), eine neue Definition von „China“. Er sagte: „Ein-China ist nicht gleich die Volksrepublik China oder Republik China, sondern ein von den Landsleuten beider Seiten der Taiwan-Straße gemeinsam zu schaffendes vereinigtes China.“ Ferner erklärte er: „Das sogenannte Ein-China soll ein noch nicht vereinigtes China sein, aber ein gemeinsam die Vereinigung vorantreibendes China.“

(LHB, 17.11.97) Diese Auslegung, die sich Taiwans Vorstellung nähert, wurde allerdings von Beijing nicht offiziell bestätigt. Der Sprecher des Beijinger Außenministeriums, Shen Guofeng, erklärte, die Taiwanpolitik seiner Regierung habe sich nicht geändert. (LHB, 19.11.97) -ni-

32 Hohe Niederlage für die Regierungspartei KMT bei den Wahlen auf Kreisebene

Am 29. November fanden in Taiwan die Kommunalwahlen auf Kreisebene statt, wobei die Regierungspartei KMT (Kuomintang) überraschend eine verheerende Niederlage erlebte. Insgesamt wurden 23 Kreisregierungschefs und Bürgermeister von kreisfreien Städten neu gewählt, davon entfielen 12 auf die größte Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), 8 auf die KMT und 3 auf die Parteiunabhängigen. Im Vergleich zum vorherigen Stand hat die KMT 8 Ämter verloren, die DPP 6 und die Parteiunabhängigen 2 dazugewonnen. Zum erstenmal hat die DPP landesweit nicht nur über die Hälfte der Mandate, sondern auch mehr Stimmen als die KMT gewonnen. Zusammen 43,32% der 7.668.075 gültigen Stimmen erhielten die Kandidaten der DPP und 42,12% die der KMT. Die Wahlbeteiligung lag bei 65,92%. (LHB, ZYRB und CP, 30.11.97)

Für die KMT ist es noch peinlicher, daß sie jetzt nur die abgelegenen, ländlichen oder dünn besiedelten Kreise behält, nämlich Kinmen (Jinmen, Quemoy), Matsu (Mazu), Penghu (Peccadoces), Taitung (Taidong), Hualien (Hualian), Changhua (Zhanghua), Yunlin und Chiayi (Jiayi), von denen die ersten zwei zu der Provinz Fujian (Fukien) und nur die letzten sechs zur Provinz Taiwan - ohne die provinzfremen Sonderstädte Taipei (Taibei) und Kaohsiung (Gaoxiung) - gehören. Einschließlich der zwei genannten provinzfremen Städte Taipei (DPP) und Kaohsiung (KMT) sind 71,53% der 21,5 Mio. Bevölkerung nun in den zur DPP gehörenden Städten und Kreisen, nur 22,16% zu den der KMT. Zu den gesamten Steuereinnahmen tragen die unter der DPP regierenden Gebiete 83,12% und die unter der KMT nur 13,31% bei. Es wird befürchtet, daß die KMT auch

bei den kommenden Parlamentswahlen des Gesetzgebungs Yuan 1998 und den Präsidentschaftswahlen 2000 die Mehrheit und damit auch die Macht in der Zentralregierung verlieren wird.

Der Unterschied zwischen den wichtigen Parteien in Taiwan liegt hauptsächlich in der China- oder Taiwanpolitik. Die DPP befürwortet eine taiwanesishe Unabhängigkeit von China, während die KMT den Standpunkt von „Einem China, zwei politische Gebilden“ vertritt. Die CNP (Chinese New Party), eine Splitterpartei aus der KMT, verfolgt eine klare Linie für die Wiedervereinigung Chinas, und die TAIP (Taiwan Independence Party), eine Splitterpartei aus der DPP, setzt sich hingegen für den radikalen Kurs ein, statt der Republik China einen neuen Staat Taiwan zu gründen. Allerdings stellten sich diesmal die Fragen über die chinesische Wiedervereinigung und taiwanesishe Unabhängigkeit nicht als die Hauptthemen im Wahlkampf dar. Die Niederlage der Regierungspartei ist in erster Linie auf die Verschlechterung der sozialen Sicherheit zurückzuführen. In der jüngsten Vergangenheit fanden eine Reihe spektakulärer Kriminalfälle statt, die die Sicherheitsbehörden bislang nicht oder nur schleppend haben aufklären können. Ferner gab es vor den Wahlen heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Partei wegen der „Kaltstellung der Provinz Taiwan“, d.h. Reduzierung der Funktionen der Provinzregierung. Aus Verärgerung hat diese offenbar diesmal die Regierungspartei nicht mit voller Kraft unterstützt. Am schlimmsten waren zahlreiche rebellierende Parteimitglieder, die sich ohne Nominierung oder Einwilligung der Partei als selbständige Kandidaten an den Wahlen beteiligten, wodurch die Stimmen für die Partei zerstreut wurden. Wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, hätte die KMT fünf Kreise mehr gewinnen können.

Das schwere Wahldebakel der KMT ist auch eine große politische Niederlage für Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui), der gleichzeitig Vorsitzender der Regierungspartei ist. Alle von ihm persönlich bestimmten Kandidaten kamen nicht durch. Besonders in seinem Heimatkreis Taipei, der - gemessen an der Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft - eine führende Rolle unter allen Kreisen hat, konnte die Partei trotz seines leidenschaftli-

chen Einsatzes die Wahlen zum drittenmal nicht gewinnen. Obendrein wurden die landesweiten Wahlen diesmal als ein Duell zwischen ihm und dem Bürgermeister der Sonderstadt Taipei, Chen Shuibian, der als möglicher DPP-Kandidat bei den nächsten Präsidentschaftswahlen gilt, angesehen. Er wurde als führende Kraft der DPP im Wahlkampf von der KMT scharf attackiert und hat seinerseits Li Denghui ebenfalls schonungslos angegriffen. So bedeutet der Ausgang der Kreiswahlen auch eine Steigerung des politischen Sterns von Chen. -ni-

diesem Jahr auf 13.245 US\$ im kommenden Jahr sinken. (LHB, 27.11.97) -ni-

33 Begrenzter Einfluß auf Taiwans Wirtschaft durch asiatische Finanzkrise

Angesichts der Finanzkrise in den südost- und ostasiatischen Ländern hat die Zentralbank Taiwans zum Schutz der eigenen Währung auf dem Devisenmarkt massiv interveniert. Die Devisenreserven des Landes sind daraufhin von 90.025 Mio.US\$ im Juni auf 82.920 Mio.US\$ im Oktober gefallen, wodurch Taiwan weltweit von der 2. auf die 5. Stelle rutschte, und zwar hinter Japan, die VR China, Deutschland und Hongkong. Einschließlich der Zinsen hat die Zentralbank in den genannten vier Monaten insgesamt über 9 Mrd.US\$ Devisenreserven verloren, und der Neue Taiwan-Dollar ist um rd. 15% abgewertet worden (Ende November 33.3 NT\$: 1 US\$).

Durch diese Abwertung wird zwar eine Beschleunigung der Inflation gefürchtet, aber die Wettbewerbskraft der Wirtschaft dürfte sich verstärken. Das Wirtschaftswachstum soll nach einer Schätzung des DGBAS (Directorate General of Budget, Accounting and Statistics) 1997 real die Höhe von 6,7% erreichen, das wäre die höchste Rate seit fünf Jahren (im Vorjahr waren es 5,7%). Für 1998 sagte das Amt eine weitere relativ hohe Zuwachsrate von 6,5% voraus. In diesem Jahr wurde die Inflationsrate vom DGBAS zuletzt auf 1,1% geschätzt; 1998 soll sie, ebenfalls nach Voraussage vom DGBAS, weiter auf 3,1% steigen. (FCJ, 28.11.97)

Infolge der Abwertung der einheimischen Währung soll die Pro-Kopf-Bruttoinlandsproduktion trotz der hohen Zuwachsrate von 13.303 US\$ in